



Kinder und Jugendliche in Südosteuropa und im Kaukasus

Einleitung	3
Herausforderungen	5
Fokusthema: Jugendpartizipation, Zivilgesellschaft und Demokratie	7
Strategien und Lösungsansätze	9
Ausgewählte Literatur	11

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 (0) 61 96 79-0
F +49 (0) 61 96 79-1115
I www.gtz.de

Im Auftrag des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Verantwortlich/Kontakt:

Sektorvorhaben Umsetzung von Kinder-
und Jugendrechten
Tina Silbernagel
T +49 (0) 6196 79-1697
F +49 (0) 6196 79-80 1096
E tina.silbernagl@gtz.de

Text:

Alexander Erich, avedis – Social Development
Consultants GmbH

Bildnachweis:

Seite 1, 6, 8/9, 10: GTZ Projekt „Aufbau und
Förderung von Strukturen im Jugendsektor“,
Bosnien und Herzegowina
Seite 4: Tripold & Kotzmuth

Gestaltung:

Nikolai Krasomil
www.design-werk.com

Eschborn, Dezember 2008

Einleitung

Die Bundesregierung unterstützt seit Beginn der 1990er Jahre die Staaten Südosteuropas und des Kaukasus bei ihren Transformationsprozessen von Staatssozialismus und Planwirtschaft hin zu Demokratie und Marktwirtschaft. Während diese Entwicklungen insgesamt als Folge des Zusammenbruchs des Staatssozialismus zu verstehen sind, wird die Situation in den Ländern des Balkans zusätzlich noch durch den Zerfall des ehemaligen Jugoslawien und die kriegerischen Auseinandersetzungen bis Ende der 1990er Jahre belastet.

Die einzelnen Länder befinden sich heute in sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien: Während zahlreiche Länder bereits der Europäischen Union (EU) beigetreten sind oder dies in absehbarer Zukunft tun werden, besteht in anderen Ländern nach wie vor ein hoher Reformbedarf. In Bosnien und Herzegowina werden weiterhin Bemühungen zur Stabilisierung des Landes nötig sein; der Kosovo steht vor der Aufgabe, funktionstüchtige politische Institutionen aufzubauen und Wirtschaftswachstum zu erzeugen; die Republik Moldau ist weiterhin das ärmste Land Europas. In Armenien, Aserbaidschan und

Georgien lebt nach wie vor die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

In den Ländern Südosteuropas und des Kaukasus liegt der Anteil der jungen Menschen unter 24 Jahren bei rund 36 %. Dieser Durchschnittswert überdeckt jedoch, dass in Albanien der Anteil bei 46 % und im Kosovo gar bei 52 % liegt. Die demografische Realität weist auf die Bedeutung junger Menschen für die weitere Entwicklung der Länder hin. Junge Menschen stellen für die Partnerländer ein Potenzial für wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftliche Veränderung dar. Die Nachhaltigkeit der Reformbemühungen wird in starkem Maße davon abhängen, ob und wie es den Ländern gelingt, jungen Menschen soziale und wirtschaftliche Perspektiven zu bieten und Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu eröffnen. Ebenso müssen Jugendliche unter erschwerten Bedingungen den Übergang ins Erwachsenenleben vollziehen.

Kinder und Jugendliche in der Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Verabschiedung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCRC) im Jahr 1989 hat sich die internationale Gemeinschaft zum Schutz und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen verpflichtet. Die entwicklungspolitische Bedeutung von Kindern und Jugendlichen ist seither zunehmend anerkannt worden und hat Eingang gefunden in die globale Armutsbekämpfungsstrategie, wie auch der Weltentwicklungsbericht der Weltbank 2007 feststellt. Sechs der acht UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) weisen direkte Bezüge zu Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Geschlechtergleichheit, Gesundheit, HIV und Aids und Jugendbeschäftigung auf. In zahlreichen Partnerländern sind Kinder und Jugendliche zudem als betroffene Gruppen, aber auch als zentrale Akteure in die „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP) integriert worden. Auch die Bundesregierung hebt in ihrem Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung die Rolle von jungen Menschen hervor. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seit Mitte der 1990er Jahre die Förderung von Kindern und Jugendlichen als einer der ersten Geber in die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern integriert. Der entwicklungspolitische Aktionsplan für Menschenrechte räumt der Verwirklichung der international verbrieften Rechte von Kindern und Jugendlichen hohe Priorität ein. Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, staatliche Pflichtenträger zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu stärken sowie Kinder und Jugendliche als Rechtsträger und wertvolle Akteure in Entwicklungs- und Demokratisierungsprozessen zu fördern.

Partnerländer der deutschen EZ in Südosteuropa und im Kaukasus

Dieses Factsheet befasst sich mit der Situation von Kindern und Jugendlichen in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Südosteuropa und im Kaukasus. Die osteuropäischen Länder, die 2004 und 2008 der Europäischen Union (EU) beigetreten sind, werden hier nicht behandelt. Das Papier zielt darauf ab, einen Einblick in die Situation von Kindern und Jugendlichen in Südosteuropa und im Kaukasus zu geben und für ihre Bedeutung zu sensibilisieren. Das Factsheet beschreibt zunächst einige zentrale Herausforderungen, vor denen junge Menschen in der Region stehen, insbesondere die Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Als Fokusthema wird die Frage der Jugendpartizipation vertieft. Schließlich werden Ansätze für die deutsche EZ dargestellt, Kinder und Jugendförderung verstärkt in diverse Fördermaßnahmen zu integrieren.



Herausforderungen

Die Situation von jungen Menschen in Südosteuropa und im Kaukasus ist maßgeblich von den Transformationsprozessen geprägt. Mit dem Ende der planwirtschaftlichen Ökonomien und undemokratischen Einparteiensysteme haben sich auch die Rahmenbedingungen geändert, unter denen junge Menschen den Übergang ins Erwachsenenleben vollziehen. In dem Maße, wie die Liberalisierung der Märkte und politischen Systeme Entfaltungsmöglichkeiten mit sich brachte, wuchsen durch den Abbau sozialer Dienste auch die Herausforderungen in Bezug auf Bildung und Beschäftigung.

Demokratie und Frieden

Demokratie ist in den Ländern Südosteuropas und des Kaukasus nach Jahrzehnten des Lebens in undemokratischen Systemen für die Menschen eine neue Erfahrung. Die politischen Haltungen waren geprägt von einem Staat, der soziale Dienste in ausreichendem Maße bereitstellte, Arbeitsplätze beschaffte und damit ein Minimum an Lebensstandard garantierte. Kritik an den herrschenden Verhältnissen konnte und wurde nur in sehr begrenztem Maß geäußert. Politische Partizipation – auch von Jugendlichen – war lediglich innerhalb reglementierter staatlicher

Strukturen möglich. Mit der Öffnung des politischen Raums haben junge Menschen heute die Möglichkeit, ihre Regierungen zu kritisieren und Forderungen an sie zu richten. Die Demokratien sind aber noch jung und fragil und es bedarf besonderer Bemühungen des „Institution building“ und der politischen Bildung.

In den Ländern des Balkans ist das gesellschaftliche Klima weiterhin von den Erfahrungen der Kriege in den 1990er Jahren geprägt. Dies führt zu Misstrauen zwischen den verschiedenen Volksgruppen, die sich nach dem Zerfall Jugoslawiens in komplexen Staatswesen neu organisiert haben. In Armenien und Aserbaidschan ist der Berg-Karabach-Konflikt weiterhin ungelöst, und in Georgien erzeugt die Abchasien- und Südossetien-Frage ein hohes Krisenpotenzial. Die Jugendlichen von heute sind in dieser gespannten Situation aufgewachsen. Die Zukunft der jungen Demokratien auf dem Balkan und im Kaukasus wird in großem Maße auch davon abhängen, ob die Versöhnung und Verständigung zwischen den Völkern gelingt.

Ausgewählte Indikatoren auf einen Blick

Indikator	Subsahara-Afrika	Naher Osten und Nordafrika	Südasien	Ostasien und Pazifik	Lateinamerika und Karibik	Südosteuropa und Kaukasus
Anteil der Bevölkerung in absoluter Armut (in %)*	43	4	32	9	9	2,6
Lebenserwartung (in Jahren)*	50	69	64	72	73	72,9
Alphabetisierungsrate (in %)*	58	73	58	91	90	97,1
Anteil der Bevölkerung unter 14 (in %)**	44	33	33	24	30	18,7
Anteil der Bevölkerung zwischen 15–24 (in %)**	20,6	20,7	20,9	19,5	18,6	15,4
Einschulungsrate Grundschule (in %)*	66	85	82	97	93	90,8
Alphabetisierungsrate bei 15–24-Jährigen (in %)*	76	92	81	99	96	99,2
Kindersterblichkeit (auf 1000 Lebendgeburten)*	160	46	83	29	27	19,1
HIV-Prävalenz bei 15–49-Jährigen (in %)*	6,1	0,2	0,7	0,2	0,6	0,3
Jugendarbeitslosigkeit (in %)**	18,1	25,7	10,0	15,8 ¹	16,6	19,9
Inzidenz der Kinderarbeit (in %)* ²	35	9	13	10	11	4,7
Inzidenz der Kindesheirat (in %)* ³	40	17	45	19	26	10,2

Quellen: * UNICEF: State of the World's Children 2008, New York 2007; ** World Bank: World Development Report 2007: Development and the Next Generation, Washington 2006; *** United Nations: World Youth Report 2007: Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges; ****ILO: Global Employment Trends for Youth, Geneva 2006.

¹ ILO verwendet eine andere regionale Zuordnung der Länder in Asien und unterscheidet Südostasien und Pazifik. Die Zahl in der Tabelle bezieht sich auf Südostasien, die Jugendarbeitslosigkeit in Ostasien liegt bei 7,8 %.

² Definition Kinderarbeit: (a.) Kinder zwischen 5–11 Jahren, die mindestens eine Stunde gearbeitet oder mindestens 28 Stunden Hausarbeit pro Woche ausgeführt haben oder (b.) Kinder zwischen 12–14 Jahren, die mindestens 14 Stunden gearbeitet oder mindestens 28 Stunden Hausarbeit ausgeführt haben.

³ Erklärung des Indikators zur Kindesheirat: Prozent von Frauen zwischen 20–24 Jahren, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet oder in einer festen Partnerschaft waren.

Die Jugendlichen sind dabei eine zentrale und leicht zu mobilisierende Gruppe, was die gewaltsamen Ausschreitungen im Kosovo 2004 oder in Belgrad im Februar 2008 zeigen.

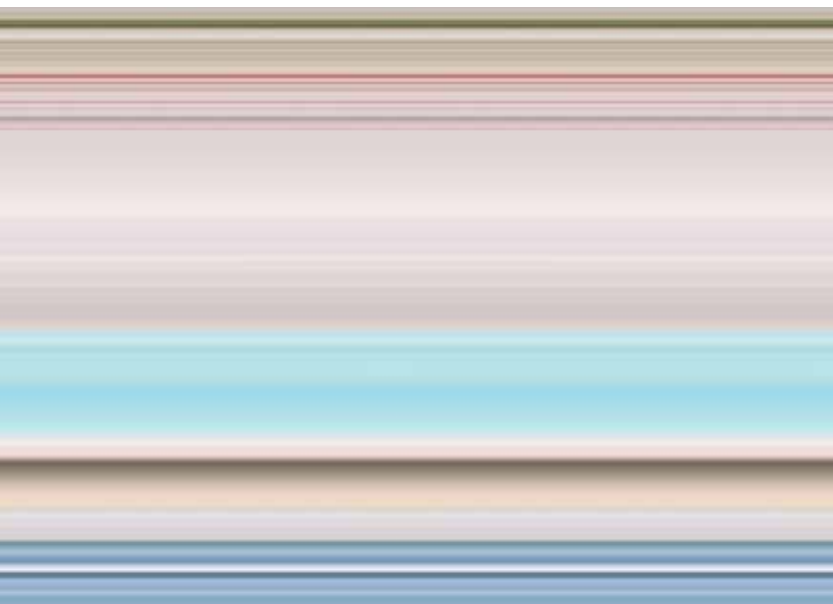
Jugendarbeitslosigkeit

Die Umgestaltung der Ökonomien von plan- zu marktwirtschaftlichen Systemen führte in den 1990er Jahren zu einem Produktivitätsverlust und damit auch einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Mit der gewandelten Rolle des Staates im Hinblick auf die Steuerung des Arbeitsmarktes erhöhte sich das Risiko der Arbeitslosigkeit. Die Bildungssysteme der Transformationsländer waren nicht auf die Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes ausgerichtet, sondern produzierten Arbeitskräfte, die den Bedingungen der planwirtschaftlichen Produktion entsprachen. Der Übergang von der Schule in den Beruf und die Integration in den Arbeitsmarkt ist folglich heute die größte Herausforderung, vor der junge Menschen stehen. Die Chancen, einen regulären Arbeitsplatz zu finden sind gering. Zum Beispiel in Mazedonien, wo die Jugendarbeitslosigkeit bei 62 % liegt. Als Folge erwirtschaften sich Jugendliche in immer größerem Maße ihr Einkommen im informellen Sektor,

wo sie gering bezahlten Tätigkeiten nachgehen und keinen Anspruch auf Sozial-, Kranken- und Rentenversicherungsleistungen erwerben.

Migration und soziale Probleme

Eine weitere Folge der Jugendarbeitslosigkeit ist der Migrationsdruck nach Europa. Von den etwa 4,2 Millionen Einwohnern Moldaus hat inzwischen jeder Siebte das Land verlassen. Umfragen in Bosnien und Herzegowina zeigen, dass 62 % der jungen Menschen auswandern würden, wenn sie die Möglichkeit dazu bekämen. Die Arbeitslosigkeit führt überdies zu sozialen Problemen, von denen gerade Kinder und Jugendliche besonders betroffen sind. Dazu zählen Kinderarmut, mangelndes Selbstbewusstsein und Zukunftsangst, hoher Drogenmissbrauch, Gewalt und Kriminalität. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus führte zu einem massiven Abbau sozialer Dienste, inklusive der frühkindlichen Erziehung, des Bildungswesens, des Kultur- und Freizeitangebots für junge Menschen und der Systeme sozialer Sicherung. Es mangelt folglich an Strukturen, um die sozialen Probleme von Kindern und Jugendlichen effektiv abfedern zu können.



Fokusthema: Jugendpartizipation, Zivilgesellschaft und Demokratie

Eine starke Demokratie benötigt eine starke Zivilgesellschaft – insbesondere in den Transformations- und Post-Konfliktländern Südosteuropas und des Kaukasus. Und es sind gerade auch die Jugendlichen, die sich im nichtstaatlichen Bereich engagieren und die Zivilgesellschaft beleben.

Allerdings ist „Jugend“ im öffentlichen Diskurs und in den Köpfen der Menschen zumeist mit negativen Assoziationen verbunden, zum Beispiel mit Drogen- und Alkoholmissbrauch und Jugendkriminalität. Junge Menschen werden entweder als verantwortungslos oder als schutzbedürftig angesehen. Häufig findet man auch die Aussage, die Jugend sei „die Zukunft“. Doch Jugendliche müssen bereits in der Gegenwart eingebunden werden und benötigen Möglichkeiten der politischen Partizipation. Junge Menschen sind Akteure, deren Potenziale schon heute anerkannt und genutzt werden müssen, damit sie ihre Gesellschaften aktiv mitgestalten können.

In vielen Ländern der Region werden Jugendliche aber nicht als aktiver Teil der Gesellschaft betrachtet und sind deshalb oft politisch marginalisiert. Da die Region noch immer stark durch sozialistische Strukturen geprägt ist, existiert oftmals kein Verständnis über demokratische

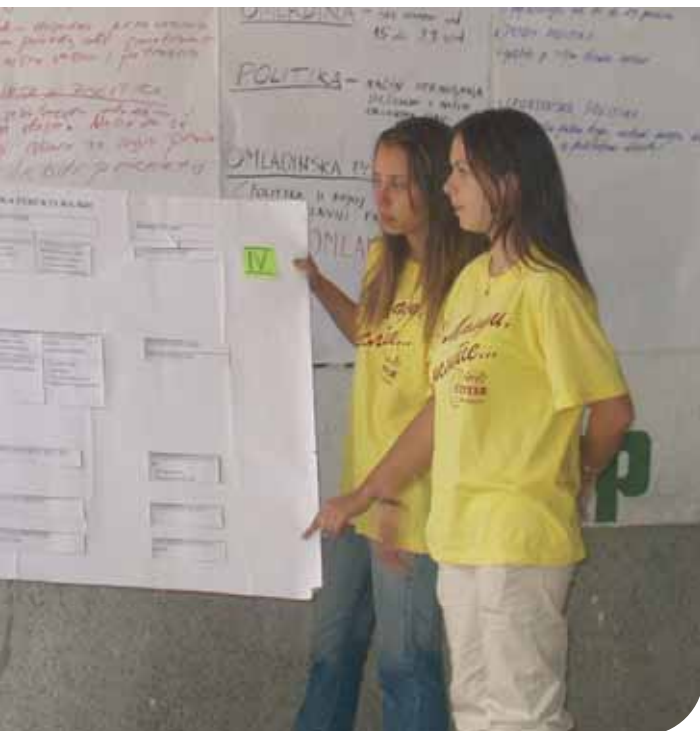
Beteiligungsformen für junge Menschen. Methoden formaler und informeller Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene sind nicht in den Köpfen der Bevölkerung und lokaler und nationaler Entscheidungsträger verankert. Hinzu kommt, dass es noch zu wenige Strukturen in den Ländern gibt, in denen nachhaltige Jugendförderung betrieben wird und in denen Beteiligungsmöglichkeiten institutionalisiert sind.

In den Transformationsländern Südosteuropas ist das Verhältnis von jungen Menschen zur Politik geprägt von mangelndem Vertrauen in öffentliche Institutionen. In Bosnien und Herzegowina sagten lediglich 7 % der Jugendlichen, dass sie glauben, die Politik in ihrem Land beeinflussen zu können. Auch die Wahlbeteiligung unter jungen Menschen ist gering. 55 % gaben an, kein Interesse an Politik zu haben. In einer groß angelegten Umfrage von UNICEF gaben lediglich 15 % der befragten Kinder und Jugendlichen an, dass sie glauben, ihre Meinungen würden bei lokalpolitischen Entscheidungen berücksichtigt. Obwohl viele Jugendliche von den fehlenden Möglichkeiten der Beteiligung sowie von den Politikern oder politischen Institutionen enttäuscht sind, haben viele junge Menschen nach wie vor ein großes Interesse an politischen Themen.

In Südosteuropa sowie im Kaukasus bestehen deutliche Handlungsbedarfe, damit die Staaten die Verantwortung für die Jugendlichen übernehmen, nachhaltige Strukturen der Jugendförderung entstehen und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen und institutionalisiert werden.

Folgende Aspekte werden als Argumente für eine demokratische Partizipation von Jugendlichen angeführt:

- Der Weltentwicklungsbericht 2007 der Weltbank weist auf die formative Funktion demokratischer Erfahrungen im Jugendalter hin. Demokratische Normen und Mechanismen müssen erlernt werden. Demokratische Erfahrungen stärken das Bewusstsein für individuelle Freiheitsrechte und die Rechenschaftspflicht der Regierung ihren Bürgern gegenüber, insbesondere die Verpflichtung soziale Grunddienste zu gewährleisten. Jugendpartizipation ist praktische politische Bildung, die die Entwicklung junger Menschen zu mündigen Bürgern, die ihre Rechte kennen und einfordern, fördert.



- In vielen Staaten Südosteuropas gibt es eine sehr junge Bevölkerung (u.a. im Kosovo). Die angemessene demokratische Beteiligung der Jugendlichen erhöht und festigt die Legitimität der oft noch jungen Demokratien.
- Die Teilhabe von Jugendlichen an demokratischen Prozessen fördert den gewaltfreien Umgang mit Konflikten, den gesellschaftlichen Dialog und damit die Bildung von Sozialkapital. Somit fördert Partizipation die Toleranz zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen.
- Durch die Beteiligung und Mitentscheidung durch Jugendliche werden gerade Angebote, die sich speziell auf diese Bevölkerungsgruppe beziehen sollen, bedarfsgerechter und somit effizienter.

Die Forderung nach Jugendpartizipation hat sich auch in der sozialen Arbeit mit jungen Menschen weitgehend durchgesetzt. Jugendpartizipation ist hier ein fest verankertes Prinzip, das auf den folgenden Einsichten beruht:

- Projekte werden effektiver und zielgruppenorientierter, wenn Jugendliche in ihre Planung, Umsetzung und Evaluation involviert sind. Sie sind die Experten ihrer eigenen Lebenswelt.
- Die Partizipation von Jugendlichen erzeugt Gemeinsinn und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Daher ist die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit („volunteerism“) eine zentrale Strategie der Jugendpartizipation.
- Die International Youth Foundation (IYF) hat festgestellt, dass Jugendpartizipation am besten funktioniert, wenn sie mit Bildungs- und Freizeitangeboten gekoppelt ist.
- Die Einbindung von Jugendlichen in Programme fördert ihr Selbstbewusstsein und ihre Fähigkeiten. Insbesondere die Freiwilligenarbeit und das Mitwirken in Jugendgruppen eröffnet Chancen für die Aneignung von sozialen Kompetenzen und eine optimistische Sicht auf die Zukunft.

Im Hinblick auf die Verankerung demokratischer Partizipation von Jugendlichen gibt es zum einen Ansätze, junge Menschen an bestehenden Entscheidungsmechanismen zu beteiligen, zum Beispiel durch die institutionalisierte Teilnahme von Jugendvertretern an Gremien. Zum anderen können neue Institutionen eingerichtet werden; Jugendparlamente sind solch eine neue Insti-

tution. Die Beispiele aus der Region Südosteuropa und dem Kaukasus für gelungene demokratische Jugendpartizipation sind zahlreich:

- In Aserbaidschan wurden Jugendliche aktiv in die Beratungen zur nationalen Armutsbekämpfungsstrategie einbezogen.
- Im Kosovo und in Armenien waren Jugendliche zentrale Akteure bei der Erarbeitung der nationalen Jugendpolitiken.
- In Albanien gibt es ein dezentralisiertes System der gewählten Jugendparlamente, die bereits mehrfach als „Pressure Groups“ die Regierungspolitik beeinflussen konnten.
- In Moldau wurden an die 200 lokalen Jugendräte eingerichtet, die auf Gemeindeebene die Belange junger Menschen vertreten.
- In Bosnien und Herzegowina arbeiten Jugendliche unter anderem an lokalen Jugendstrategien mit. Jugendreferenten auf Gemeindeebene dienen dabei als Verbindungsinstanz von Jugendlichen und Jugendorganisationen einerseits und der Gemeindeverwaltung andererseits und sichern Jugendförderung und Jugendbeteiligung nachhaltig ab.



Strategien und Lösungsansätze

Die deutsche EZ in Südosteuropa und im Kaukasus unterstützt die Transformationsprozesse im politischen und wirtschaftlichen Bereich, um die Staaten an die EU heranzuführen und die Region sicherheitspolitisch zu stabilisieren. Dabei legt die Programmierung der deutschen staatlichen EZ ein besonderes Augenmerk auf den Bereich Demokratisierung und Dezentralisierung und auf den Bereich Wirtschaftsförderung. Diese beiden Bereiche eröffnen Anknüpfungspunkte für die Kinder- und Jugendthematik. Kinder- und Jugendförderung ist in diesem Sinne als Querschnittsthema zu verstehen und kann gewinnbringend bei den verschiedenen Programmen der deutschen EZ auf Makro-, Meso- und Mikroebene mitbedacht werden.

Maßnahmen im Bereich Demokratisierung, Dezentralisierung und Jugendpartizipation

Im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen werden staatliche Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die regionale und kommunale Ebene verlagert. Dezentralisierung bringt die politischen Entscheidungen, inklusive des Angebots von staatlichen sozialen Diensten, näher an die Bevölkerung heran. Damit werden die Transparenz der Regierungsarbeit und die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle durch die Bürger gestärkt.



In der Kaukasusinitiative der Bundesregierung ist dieser Punkt explizit verankert. Neben Vorhaben der Dezentralisierung kann Jugendförderung und Jugendbeteiligung auch in Maßnahmen der Zivilgesellschaftsförderung und Demokratisierung integriert werden:

- Stärkung der Kapazitäten von kommunalen Institutionen zur Jugendförderung und Errichtung von Angeboten der Jugendarbeit,
- Einführung und Qualifizierung von Jugendreferenten auf der lokalen Ebene; diese sind für die Belange von jungen Menschen zuständig und fungieren als Bindeglied zwischen Gemeindeverwaltung und Jugendorganisationen,
- Einrichtung von „Runden Tischen“ zur gemeinsamen Bearbeitung spezifischer Themenstellungen durch erwachsene Entscheidungsträger und jugendliche Repräsentanten,
- Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen an lokalen politischen Entscheidungen, zum Beispiel der Erarbeitung von lokalen Jugendstrategien,
- Förderung von kommunalen Jugendräten oder Jugendparlamenten,
- Förderung und Stärkung von Jugendorganisationen und Jugendleitern, die einerseits Angebote der Jugendförderung und non-formalen Bildung anbieten und andererseits als Interessensvertretung der Jugendlichen dienen können.

Maßnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung und Jugendbeschäftigung

In Programmen der Wirtschaftsförderung kann das Thema Jugendbeschäftigung aktiv aufgegriffen werden. Jugendlichen wirtschaftliche Perspektiven zu bieten, ist eine zentrale Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialen Problemen, zur Verringerung der Migration und zur Stabilisierung der Demokratie. Ansatzpunkte sind hier im Rahmen der Förderung der beruflichen Bildung denkbar. Die arbeitsmarktorientierte Reform der Berufsbildungssysteme bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Jugendbeschäftigungsförderung in Südosteuropa und dem Kaukasus muss den Kontext des informellen Arbeitsmarktes berücksichtigen, in dem ein Großteil der Jugendlichen tätig ist. In Ermangelung eines formalen Arbeitsplatzes ist für viele Jugendliche das Unternehmertum die einzige Möglichkeit, ein Einkommen zu erwirtschaften.

Folgende Maßnahmen können in diesem Bereich durchgeführt werden:

- Anpassung der Curricula an die Bedarfe der Wirtschaft, Einrichtung von Praktika, Berufsorientierungsmaßnahmen („Career Guidance“) und die Verbesserung der Arbeitsvermittlung,
- Schaffung von non-formalen Bildungsangeboten und Förderung von „life skills“ für Kinder und Jugendliche, die keine Schule besuchen konnten oder aber diese frühzeitig abbrechen mussten,
- Ausbildung von Jugendleiterinnen und -leitern und „Jugendpromotorinnen und -promotoren“ als Multiplikatorinnen beziehungsweise Multiplikatoren im Bereich von „entrepreneurship skills“, aber auch für Berufsorientierung und -beratung,
- „Youth Entrepreneurship“-Programme, die Trainings, Beratung von Start-ups und ihrer Förderung über Mikrokredite einschließen und speziell auf die Bedürfnisse junger Unternehmerinnen und Unternehmer zugeschnitten sind.

Jugendpolitikberatung und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit

Neben den Bereichen Demokratisierung und Wirtschaftsförderung können Kinder- und Jugendthemen direkt von Programmen bearbeitet werden. Die Entwicklung und Verabschiedung nationaler Jugendpolitiken und kommunaler Aktionspläne fördert dabei die Übernahme von Verantwortung für die Jugend durch politische Entscheidungsträger.

Folgende Maßnahmen können in diesem Bereich durchgeführt werden:

- Politikberatung im Bereich der Jugendpolitik auf der Ebene der Ministerien (Makro), der regionalen Verwaltung (Meso) und von Gemeinden, von Stadtteilen oder Siedlungen (Mikro),
- Ausbildung und Stärkung der Jugendabteilungen in den Ministerien und Kommunalverwaltungen sowie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

- Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure und Jugendorganisationen – zur Kontrolle der staatlichen Aufgaben und zur Durchführung sozialer Dienste für junge Menschen,
- Einführung und Stärkung gemeindenaher Jugendarbeit, Programme der politischen Erziehung, der non-formalen Bildung und von Freizeitangeboten,
- Schaffung von Freiräumen für Jugendliche (z.B. Jugendzentren).



Ausgewählte Literatur

- BMZ: Stabilität durch Integration – Die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Südosteuropa. Materialien Nr. 120, Bonn, 2005
- BMZ: Die Kaukasusinitiative des BMZ. Verständigung ermutigen. Materialien Nr. 137, Bonn 2005
- GTZ: Get youth on board! A Toolkit for Stakeholder Collaboration and Youth Promotion, Eschborn 2008
- GTZ: Ansätze und Methoden der Kinder- und Jugendförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn 2006
- IYF: What works in youth participation: Case Studies from around the world. Baltimore 2000
- UNICEF: Young People's Participation in the CEE/CIS and the Baltics Region – a formative evaluation, Geneva 2005
- UNICEF: Young Voices. Opinion Survey of Children and Young People in Europe and Central Asia, Geneva 2001
- UNITED NATIONS: World Youth Report 2007: Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges, New York 2007
- WORLD BANK: World Development Report 2007: Development and the Next Generation, Washington 2006

Projektbeispiel: Förderung der Jugendpolitik im Kosovo

Die GTZ nahm 1999 ihre Arbeit im Kosovo auf, unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen. Seither hat sich der Kosovo von einer Nachkriegsgesellschaft zu einer jungen Demokratie mit einer dynamischen Zivilgesellschaft gewandelt. Das Land steht seit seiner Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 wieder im Fokus der Weltöffentlichkeit. Da nicht davon auszugehen ist, dass der Kosovo bei Serbien verbleiben wird, steht das kleine Land nun vor der Aufgabe, einen funktionierenden Staat und eine produktive Wirtschaft aufzubauen. Die kosovarischen Jugendlichen sehen sich dabei mit massiven Problemen, wie der Jugendarbeitslosigkeit und mangelhaften Bildungsangeboten konfrontiert. 2002 wurde im Kosovo das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport eingerichtet, dessen Jugendabteilung (Department of Youth, DoY) von der GTZ unterstützt wird. Das GTZ-Projekt „Empowerment and Development of Youth in Kosovo“ (EDYK) unterstützt die Entwicklung von Strukturen der Jugendpolitik und Jugendarbeit im Kosovo. Dabei wurde das DoY bei der partizipativen Entwicklung einer nationalen Jugendpolitik beraten. An der Verabschiedung der Politik hatte EDYK maßgeblichen Anteil. Zentrale Themenfelder der Politik sind: Jugendpartizipation, ehrenamtliche Jugendarbeit („Volunteerism“), Jugendbeschäftigung, non-formale Bildung und Freizeit- und Kulturangebote für Jugendliche. Die Umsetzung der Politik wird gesteuert durch einen nationalen Aktionsplan. Auf der Umsetzungsebene kooperiert EDYK mit den Jugenddezernenten in den Gemeindeverwaltungen und mit der aktiven kosovarischen NRO-Szene. Es werden Trainingsangebote für Mitarbeiter der staatlichen und nicht-staatlichen Jugendarbeit entwickelt und umgesetzt. Die Vernetzung von Staat und Zivilgesellschaft ist ein besonderes Anliegen von EDYK, um eine bessere Koordination und damit höhere Effektivität der Jugendarbeit im Kosovo zu erzielen. Durch diese Fördermaßnahmen werden die noch schwach ausgeprägten Strukturen der Jugendarbeit auf der nationalen und kommunalen Ebene gestärkt.

Deutsche Gesellschaft
für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn/Germany
T +49 (0) 6196 79-0
F +49 (0) 6196 79-1115
E info@gtz.de
I www.gtz.de

